

Die 100. Jahrgang...
1877.



Die 100. Jahrgang...
1877.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 208 Montag, den 6. September 1920. 1920.

Die geforderte Genugtuung gewährt.

22.8. Berlin, 5. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, und der preussische Minister des Innern, Geversina, suchten heute mittag den französischen Botschafter auf: Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgenden: in der Note vom 30. v. M. haben wir die Bedingungen der deutschen Regierung mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 28. August d. J. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Rundgedrungen und Angriffe gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Sie betont, dass die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie misbilligt aufs entschiedenste diese Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau, durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle diese Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderte Genugtuung gewähren. Der franz. Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung E. w. Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, dass sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, dass sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und dass die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, die für die wirtschaftliche Wiederaufbauung und das Wohlbefinden beider Teile so nötig ist. Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Erledigung der franz. Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Die „kleine Entente“.

Der tschechische Professor Masaryk hat schon während des Weltkriegs, als er in Paris über die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie verhandelte und von der Entente die Zusicherung zur Schaffung eines tschecho-slowakischen und eines südslawischen Staats erhielt, im Verein mit dem diplomatischen Hauptquartier in Paris zugleich Pläne über ein enges Bündnis zwischen diesen beiden slawischen Nachbarstaaten aufgestellt, das man mit dem Namen der „kleinen Entente“ bezeichnete und das ausgesprochenemassen gegen die in Deutschland auftauchenden „Mittelropa“-Pläne gerichtet war. Der tschechische Außenminister Beneš hat von Anfang an den Gedanken Masaryks angenommen und ihn auf einer Reise, die er jüngst nach Belgrad und Bukarest unternahm, durch schriftlichen Vertrag verbindlich. Der Vertrag ist eine Versicherung auf Gegenseitigkeit im Rahmen der Schutz- und Trutzbündnisse. Er ist bezeichnend für das geringe Vertrauen, das die beteiligten Staaten gegeneinander der in Paris geschlossenen Weltordnung haben. Zwischen Staaten eingeklemmt, mit denen die Beziehungen infolge des Kriegs und mehr noch wegen der unvernünftigen Bestimmungen des Friedensablasses zum mindesten gespannt sind, fühlen sie sich allein nicht stark und vor allem nicht gestützt genug, um allen zukünftigen Möglichkeiten zu trotzen. Andererseits sind sie vorzüglich genug, nicht auf die taufkräftige Unterstützung ihrer großen Patrone zu bauen. Wie aus den Ministerreden hervorgeht, die in Belgrad gehalten wurden, ist der Hauptzweck des Vertrags, die Sicherheit für die Durchführung der Friedensverträge zu schaffen und die Aufrechterhaltung der durch die Verträge geschaffenen Lage zu sichern. Dr. Beneš sagte in Belgrad: „Die Magyaren kennen wir als eine phantastische, expansive Nation, die sich nicht leicht mit der jetzigen Lage abfinden wird.“ Das, was die drei Staaten gegenüber Ungarn einigt, ist das Bewusstsein, dass auch im Frieden von Trianon große Gebiete dieses Landes gegen den Willen der Bevölkerung von Ungarn losgerissen wurden. Man traut Ungarn nicht, seitdem es sich aus eigener Kraft vom Bolschewismus befreit hat und zu seiner alten Staatstradition zurückgekehrt ist, und erwartet, dass es früher oder später die drückenden Einschränkungen des

Gewaltfriedens sprengen werde. Darum tut man sich zur Abwehr gegen Bestrebungen zusammen, die darauf abzielen, die geräubten Teile der Slowakei oder Siebenbürgens wieder unter der Stefanskronen zu vereinigen. Während dieser Gegenstep gegen Ungarn allen drei Vertragspartnern gemeinsam ist, werden die Südslawen und Rumänen durch ihr Verhältnis zu ihrem bulgarischen Nachbarn zusammengeführt. Es ist zwar offiziell niemals von dreien etwaigen Gegnern die Rede gewesen, aber es ist selbstverständlich, dass der Gedanke an die drei Millionen Bulgaren, die durch den Friedensvertrag unter Fremdherrschaft gekommen sind, bei den Unterhandlungen zwischen Belgrad und Bukarest eine Rolle gespielt hat. Wie denn überhaupt der neue Bund neben der Front gegen Ungarn die Rückendeckung gegen den Balkan nicht aus dem Auge verliert. Es ist kein Zufall, dass der Abschluss des Vertrags zeitlich fast mit der Beendigung Italiens mit den Albanern zusammenfällt. Jedenfalls besteht in Jugoslawien die Ansicht, dass sich Italien mit Albanien hauptsächlich im Hinblick auf den bevorstehenden Austrag der italienisch-jugoslawischen Streitpunkte verglichen hat, und es muß schon aus diesem Grund verstanden werden, seinen Rückhalt zu verfürken. Deutsch-Oesterreich scheint zunächst in der neuen Gruppierung der Nachbarstaaten kaum in Betracht gezogen zu sein, da man es gewissermaßen als nebensächlich betrachtet. Indessen ist der österreichische Außenminister Dr. Renner in letzter Zeit verschiedentlich mit der tschecho-slowakischen Regierung in Fühlung getreten. Es mag übertrieben sein, wenn aus diesen Besprechungen, die sich auf den möglichen Fall der Wiedereinführung der Habsburger in Ungarn bezogen, gefolgert wurde, dass Deutsch-Oesterreich der kleinen Entente beigetreten sei. Tatsache ist, dass die österreichische Sozialdemokratie eine scharfe Gegnerschaft gegen Ungarn verlangt, und dass auch in anderen Fragen der Außenpolitik Deutsch-Oesterreich noch in Uebereinstimmung mit der kleinen Entente sich befindet. Ob in dieser Tatsache eine Annäherung an die Idee der wirtschaftlichen Donauföderation zu sehen ist, die namentlich von Frankreich betrieben wird, erscheint fraglich. Die kleine Entente hat gezeigt, dass sie eine selbständige Politik gegenüber den großen Ententemächten treibt. Wenn sich diese Politik auch nach den offiziellen Kundmachungen über Zweck und Ziel des Abkommens — „Sicherung der Friedensverträge“ — theoretisch keineswegs als eine Abkehr von der Entente der Weltmächte darstellt, so ist, wie in der „Frankf. Ztg.“ wohl zurecht ausgeführt wird, die Haltung, die die kleine Entente praktisch in der polnischen Krise eingenommen hat, ein Beweis dafür, dass sie keinesfalls gewillt ist, ihren Schutzherren Landsknechtsdienste zu leisten. Die Neutralität, die sowohl die tschecho-slowakische Republik wie Rumänien in dem russisch-polnischen Krieg erklärten, wird bei den Polenfreunden in Paris wenig Freude gemacht haben. Es ist die Frage, ob das Abkommen über diese mittel-europäische kleine Entente mit den Bestimmungen des Völkerbunds in Einklang ist. Der Vertrag von Versailles verbietet nach Artikel 18 der Völkerbundsakte geheime Vereinbarungen. Selbst wenn die zu den beteiligten Staaten getroffenen Abmachungen dem Völkerbund mitgeteilt und veröffentlicht werden, widerspricht dem Geist des Völkerbunds widersprechen. Der Zusammenschluss der kleinen Staaten bildet den Anfang zu einer Stellung, die wieder zu dem alten System bewaffneter Bündnisse führen muß. Das aber die große Entente die kleine Entente hat entstehen lassen, ist ein neuer Beweis, dass der „Völkerbund“ nichts anderes ist, als eine in Lösungsformen vollzogene Unterwerfung der Staaten unter die große Entente: daher hat Amerika den Schwinkel nicht mitgemacht und Japan läßt sich nicht seinen Namen zu dem kriegsrischen Schein, durch den es sich weder in seinen Kriegsschiffen noch in seiner Eroberungspolitik im geringsten beeinflussen läßt. Nach dem Völkerbundsvertrag wäre übrigens die große Entente selber mindestens ebenso verboten wie die kleine Entente.

Deutscher Weinbautongress.

Das „Deutsche Weinparlament“, wie man die Versammlung des Deutschen Weinbauverbands zu nennen pflegt, hielt vom 28. bis 30. August seine diesjährige Tagung in Würzburg ab, wo man zuletzt in dem gesegneten Weinjahr 1911 beisammen war. Der Verbandssitzung wählte zunächst an Stelle des langjährigen Vorsitzenden Reichsrat v. Puhl, Detlesheim, den

Ökonomierat Direktor Dr. Müller-Karlshaus zum 1. Vorsitzenden und Geheimrat Dr. Borkmann-Seifenheim und Dr. Bafferman-Jordan zu stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes. Dem Bericht des Geschäftsführers Dr. Gräter ist zu entnehmen, dass die vom Verband angestrebte Freigabe der Weine im besetzten Gebiet erreicht worden ist. Die Kosten der Schädlingsbekämpfung sollen künftig Reich und Bundesstaaten übernehmen. Erstrebt werde die Errichtung eines besonderen Reichsausschusses für Reblausbekämpfung und die Anlage von Versuchswindbergen mit besonderen Reben. Endlich forderte man rechtzeitige Befestigung mit Suder und Weinkontrolleure in Reichsbeamten-eigenschaft. Ueber die Einfuhr und Kontrolle der Aus-landweine sprach Dr. Petry-Koblenz, der namentlich darauf hinwies, dass das bisher größte deutsche Weinbaugebiet (Elsass-Lothringen) mit 25 000 Hektar nun entrisen sei, so dass Deutschland nur noch 60 000 Hektar Anbaufläche blieben. Außerdem fallen nach dem Versailler Vertrag die Oermoscher Weine aus Lothringen zum Teil für uns weg, so dass die deutsche Wein-ernte um zwei Fünftel ihres früheren Bestands verringert ist. Für die Zukunft drohe dem deutschen Weinbau durch Einfuhr von Auslandweinen große Gefahr, zumal in den nächsten fünf Jahren 280 000 Hektoliter Wein aus Elsass-Lothringen zollfrei, wenn auch mit Einfuhrverlaub-nis, eingeführt werden dürfen. Dabei werde sicher minderwertiger französischer und algerischer Wein angeführt der Uebergerzeugung Frankreichs herein-eingeschmuggelt. Deshalb seien an der Grenze außer der chemischen Untersuchung auch Jungensproben vorzunehmen und nur wenige Proportionen zur Weineinfuhr überhaupt zuzulassen. Ursprungszeugnisse seien vom zuständigen deutschen Konsul zu beglaubigen. Endlich verlangte der Redner neue Vorschriften bezüglich der Be-zeidnung von Versuchswindbergen und einen entsprechenden Vorschlag für die deutschen Weine. Geheimrat Melchior wies in der lebhaftesten Aus-sprache auf die Bereitwilligkeit der Reichsregierung hin, alles mögliche zum Schutz des Weinbaus zu tun; leider seien ihr aber durch den Versailler Vertrag in viel-facher Hinsicht die Hände gebunden. Ueber die Lage des deutschen Weinbaus be-rührte Vizingutbesitzer Voigtländer-Münster am Strin, der an die verzwiefelte Lage des Weinbaus vor dem Krieg erinnerte, der 1915 erstmals in diesem Jahr-hundert eine volle Ernte und eine gute Preisbildung erzielte. Er schäuferte dann die folgende Preisbildung, die krankhaft war und nun den Rückschlag brachte, so dass der solide Weinhandel, der zu tieferen Preisen kaufte, nun mit Unruhe den kommenden Zeiten entgegen-laute, nun mit Unruhe den kommenden Zeiten entgegen-laute. An eine dauernde Herabsetzung der Preise sei aber nicht zu denken, da die Herstellungskosten von einigen hundert Mark für 1000 Liter auf 8000 bis 20 000 Mark gestiegen seien und dazu die hohe Steuer gerechnet werden müsse. Der Wein habe für die Zukunft aufgehört, ein Gegenstand des täglichen Bedarfs zu sein. Im Anschluss an diesen Vortrag wurde beschlossen, wegen Aufhebung der Wprozentigen Weinstener und der Wprozentigen Ausfuhrabgabe vorstellig zu werden und die Beseitigung der Kriegsgesellschaft für Weinhandel zu fordern. Es wurden ferner noch Vorträge über neue Forderungen über Peronosporabekämpfung von Dr. Müller-Augustenburg, über Weinbau in Reblausge-bieten von Professor Dr. Krämer-Seifenheim, und über den Frankwein auf dem neuzeitlichen Weinmarkt von Vortrat Dr. Mittel-Würzburg gehalten. — Die übliche Weinprobe umfasste 68 Sorten 1917er Frankwein; über den Anbau der Frankweine belehrte eine Be-sichtigung der Reblausfakt in Reitsbüchheim und zwei bemerkenswerten Amerikaner-Versuchsanpflanzungen. Koalitionszwang? Vor einigen Tagen konnte, wie der „Südn. Ztg.“ aus Berlin berichtet wird, eine vom Reichsministerium d. aberaumte Besprechung mit Vertretern der verschied- men Beamtenorganisationen nicht stattfinden, weil sich die Wortführer der aus freigerwer- schaftlicher Grundlage aufgebauten Beamtenvereine weigerten, unter Teilnahme der von ihnen al- „Gelbe“ angesehenen Beamtenorganisationen zu verhan- deln. Ein ganz ähnlicher Vorfall hat sich dann auch im preussischen Finanzministerium ab-gespielt. Wiederum waren die Vorstände der großen Beamtenorgani- sationen zu einer Besprechung eingeladen worden, die diesmal die Frage der Besoldungsreform zum

Gegenstand haben sollte. Vertreten war der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund höherer Beamter, der Bund der Justizbeamten Preußens und der Bund der Militärbeamten. Vor Eintritt in die Besprechung erklärten die Vertreter der ersten drei gewerkschaftlich organisierten Beamtenverbände, daß sie in Gegenwart der genannten andern Vereine nicht verhandeln werden, da sie sich als die berechtigten Vertreter der gesamten Beamtenschaft betrachteten. Der Verhandlungsleiter legte gegen diese Auffassung Verwahrung ein, da er die Wünsche sämtlicher Beamtenschaft vertreten entgegennehmen solle. Konnte jedoch seinen Standpunkt nicht durchsetzen, da die bei der Besprechung anwesenden Abgeordneten der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei sich die Auffassung der Beamtengewerkschaften zu eigen machten. Nach diesen wiederholten Vorgängen scheint von den gewerkschaftlich organisierten Beamten und von den im Deutschen Reich regierenden Mehrheitsparteien der Versuch betrieben zu werden, die gesamte Beamtenschaft systematisch in bestimmte Organisationen hineinzupressen, ein Unternehmen, das mit der von der Verfassung verkündeten Koalitionsfreiheit in krassem Widerspruch steht. Bei Verhandlungen, die dieser Tage im Reichswirtschaftsministerium über die Gründung eines Außenhandelsausschusses für die deutsche Kolonialwirtschaft stattfanden, wies der Vorsitzende Geheimrat Pfundtner den Anspruch der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften auf Teilnahme an der Verhandlung mit der Begründung zurück, daß er bisher nur mit der freien Gewerkschaft verhandelt habe und eine andere Vertretung der Arbeitnehmer im Außenhandelsausschuß nicht anerkenne. Er forderte sogar den Vertreter des Hirsch-Duncker'schen Verbands auf, die Sitzung zu verlassen. Der Vorgang soll zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage gemacht werden.

Neues vom Tage.

Die Säue.

Berlin, 5. Sept. Hauptmann von Arnim ist gemäß den Säueforderungen Frankreichs verurteilt worden.

Spaltung der Unabhängigen?

Berlin, 5. Sept. Die Reichskonferenz der Unabhängigen Partei endete nach dem „Berl. Tagebl.“ mit einer scharfen Scheidung. Dittmann erklärte, er lasse sich durch keinen Parteibeschluß verpflichten, mit Leuten wie Stöcker und Könen (die für den Anschluß an die Volkswirtschaften sind) zusammenzuarbeiten. Däumig dagegen erklärte, er könne keiner Partei angehören, die den Anschluß an die dritte Internationale ablehne. Es folgten scharfe persönliche Angriffe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Kommunistische Hoffnungen.

Hannover, 5. Sept. Der kommunistische Führer Meerges drohte, mit Hilfe der ins Gefängnislager Hameln (Hannover) gebrachten russischen Volkswirtschaften könne leicht „etwas unternommen“ werden. Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Aus Österreich sind mit dem ersten Transportdampfer 800 über die Grenze getretene Volkswirtschaften in Stornowunde angekommen, die nach Hameln weitergeführt werden sollen. Weitere Sendungen werden in den nächsten Tagen erfolgen.

Leserbrief.

Mancher liest nur, um nicht denken zu müssen.

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(59. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Er suchte die Achseln. „Ja, die ist nun über alle Berge, du wirst auf ihre Bekanntheit verzichten müssen. Im Spätherbst denke ich nämlich Steintin zu verlassen und werde schwerlich je wieder herkommen.“

„Rein Gott, Bollrad, weshalb denn? Deine Stellung verließ dich doch. Und wie hat sie dich gefördert? Kann ich an die russische Reise denke, das war sicher ein starker Vertrauensbeweis deines Chefs. Und jetzt wieder, du scheinst ja fast seine rechte Hand zu sein. Dazu die Aussicht auf schnelle Gehaltssteigerung. Bollrad, überlege dir das doch recht.“

„Es ist alles richtig, Barbe; dennoch rede mir nicht ab. Meines Bleibens ist nicht hier, mache dich immer mit dem Ehrbruch vertraut.“

Sie wurde unruhig. „Das muß besonderen Grund haben. Sprich doch, was treibt dich nur fort? Ist's denn diese Angeld, Bollrad?“

„Sie auch,“ nickte er schmerzlich, „ich will's dir nicht oerheimlichen. Ja, lieb, das ist nur die eine, die einzige, die ich mir je zur Frau gewünscht habe. Ach, du hättest sie doch sehen müssen, so was Liebes und Reizendes gibt's nicht so bald, und klug und sinnig und doch so hold, so weiblich barmherzig. Sie hätte auch dich gewonnen mit dem ersten Blick ihrer süßen Augen. Aber ein anderer gefällt ihr mehr. Sie wird ihn nehmen. Siehst du, und das kann ich nicht mit ansehen.“

„Ist das gewiß?“

„Ja, ja, es ist schon so. Und, Barbara, da ist noch ein anderes, das mich nicht bleiben läßt. Darüber soll ich nicht schweigen, denn es ist mehr ein Verhängnis als ein Irrtum meinerseits. Sei überzeugt, ich gebe die kaum gewonnene Position nicht ohne Not auf, und die Trennung

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 5. Sept. Nach amtlicher Bekanntmachung wird die französische Regierung den Saarländern innerhalb des Saargebietes den Schutz der französischen diplomatischen und konsularischen Vertreter gewähren, — wie wenn sie bereits französische Untertanen wären.

Die in Mannheim erscheinende „Wälsche Landeszeitung“ wurde für das besetzte Gebiet auf die Dauer eines Monats, vom 15. September ab verboten wegen angeblicher „Beleidigung“ der Besatzungstruppen.

Das Wüten der Polen.

Marieunwerder, 5. Sept. An den Graudenzer Anschlagorten sieht man Anschläge in polnischer Sprache auf denen die Namen von 39 Deutschen, die wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse hingerichtet wurden, verzeichnet sind. Viele Deutsche sind verhaftet.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 5. Sept. Nach dem russischen Heeresbericht wird bei Brest-Litovsk gekämpft. Im Abschnitt Cholm sollen die Polen wieder auf das linke Bugufer gedrängt worden sein. Bei Lemberg dringen die Russen vor. Im Krinabschnitt wird hartnäckig gekämpft.

Nach polnischem Heeresbericht sammelt sich das Reiterheer Dubjennyj unter dem Schutz frisch in den Kampf gedrohter Artillerieabteilungen, die in der Gegend von Krubieszow durch heftige Gegenangriffe den Rückzug Dubjennyjs aufzuhalten versuchen. Nach blutigen Kämpfen wurden diese Angriffe durch polnische Abteilungen zum Scheitern gebracht.

Groß-Vibanon.

Beirut, 5. Sept. (Havas.) Am 1. September ist von General Gouraud der Staat Groß-Vibanon ausgerufen worden. Der Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein. Die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Beder im weißen Streifen.

„Daily Mail“ zufolge liegen an amtlichen Stellen in London Nachrichten vor über Gerüchte, nach denen 20.000 Araber sich für einen Angriff gegen das von den Franzosen besetzte Damaskus sammeln.

Der Kampf in Irland.

Der Oberbürgermeister von New York, Hylan, hat Lloyd George telegraphisch die Bitte gerichtet, die Kriegsziele der Alliierten nicht dadurch zu schänden zu machen, daß der heldenhafte Bürgermeister von Cork weiter in Gefangenschaft bleibe.

Dem „Telegraph“ zufolge ist in London eine Meldung eingetroffen, wonach der Papst nach der Messe am Mittwoch im Vatikan in der Kapelle zurückblieb, um ein Sterbegerbet für den Bürgermeister von Cork zu verrichten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. September 1918.

M. Von der Schuhmacher Innung. Am gestrigen Sonntag fand hier im Gasthof z. Kraxbe eine Vollversammlung der Freien Schuhmachereinnung des O. Bezirkes Nagold statt. Obermeister Dürschmabel-Altensteig begrüßte die allerdings schwach besetzte Versammlung. Zu Beginn der Versammlung wurden zuerst die rechtlichen Vierteljahrsbeiträge durch Schriftführer Müller-Nagold und die Gebühren für die Fachzeitschrift durch Karl Raler Altensteig erhoben. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Innungsangelegenheiten gab Obermeister Dürschmabel-Altensteig einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen bei der Landes-

von den lieben Overlächs fällt mir auch nicht leicht. Aber das bleibt unter uns, Schwester. Kein Wort darüber zur Doktorin. Es liegen ja auch noch Monate vor mir, ehe es zum Scheiden kommt. Wer kann sagen, daß sich alles erfüllt, was man plant?“

Damit mußte sich Barbara zufriedengeben. Bald danach reiste sie ab. Nach schönen Wochen herzlichen Familienlebens kam ein Abschied, der ihr das Herz schwer machte, mußte sie doch zweifeln, daß ihr Bruder glücklich sei. Die harte Prüfungszeit, die ihn zu stiller Stärke und strebsamer Berufstätigkeit herangereift, eines war sie ihm schuldig geblieben, und es hätte wohl jene Erregungsstunden erst gekostet — Herzensbefriedigung durch das Glück einer edlen Liebe.

Im Spätsommer kehrte der Kommerzienrat zurück. Die Anren in Rauhheim und Lepitz schienen ihm nicht angeschlagen zu haben. Er sah schlecht aus, nahm sich aber nichtsdestoweniger nun sofort der Geschäfte an. Ueber-eifrig, als fühle er, es sei ihm nur noch eine kurze Frist des Wirkens vergönnt.

Bald darauf kam Frau Jella heim. Auch sie sah wenig erholt aus, war reizbar und launenhaft, und Annelise, die ebensovornig Kraft und Frische von der langen interessanten Sommerreise mitgebracht, hatte nicht allzu viele gute Tage. Freilich, das lag an ihr selber. Es hätte alles anders sein können, wenn nicht der Professor, der auf dringende Bitte seiner Schwester sich ihnen auf einer Rheinfahrt angeschlossen, sehr bald wieder seine Insterburger Anstube aufgesucht hätte nach einer bedeutsamen Unterredung mit ihr, die ihn nun vollkommen überzeuge, daß Herzenswohl nicht immer zugleich Schicksalsbestimmung ist. Damit blühte Annelise wohlthätig den Brand, den Jellas eifriges Schüren in ihm von neuem angefaßt, und er lang zur Ruhe. Es war das Beste, was ihm unter Umständen geschehen konnte.

Dagegen groß und tobte es um so heftiger in Jella. Sie konnte sich nicht darein finden, hier unterlegen zu sein, entließ aber das arme Mädchen, diese unbegreifliche Ränne und Siegerin, trotzdem nicht. Damit sie nun etwa ungenügende Gelegenheit habe, mit Klüben anzubinden? Das wäre! Dem war vorzubeugen, solange Annelise in ihrem Hause verblieb, selbst wenn man sie nicht gerade zur Gefangenen machen durfte.

Verhandlung in Realtingen. Es wurden bei dieser hauptsächlich auch die Berichte, die in letzter Zeit häufig in den Zeitungen erschienen und nur dazu dienten, die Bevölkerung irre zu machen und dem Schuhmacherhandwerk einen schweren Standpunkt gegenüber dem Publikum verschaffen, verworfen. Es soll deshalb in Zukunft ein Weg zur Verständigung zwischen Presse und Schuhmacherhandwerk gefunden werden, nur diesem Uebel abzuhelfen. Es werden noch verschiedene Punkte gestreift über Beurlaubungen und Organisation. Es wurde betont, daß es heute notwendiger ist denn je, zusammenzuhalten und zusammenzuarbeiten, um der Preissteigerung und -Wahrsheit, die sogar innerhalb der Innung getrieben werde, abzuwehren. Den Mitgliedern wurde dringend aus Herz gelegt, die in der Preisliste (die gleichfalls verteilt wurde), bezeichneten Preise genau einzuhalten, da dieselben so nieder wie irgend möglich gehalten sind und der Preisprüfung gütliche Stützpunkt vorgelegt werden.

Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Nachdem durch Lieferungsverträge der angemeldete Bedarf an Herbstkartoffeln sichergestellt ist, wird laut Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln aufgehoben. Der Reichsdünge-Experte für Ernährung kann jedoch das Bearbeiten von Kartoffeln in Brennereien und Stärkesabriken verbieten oder beschränken; er bestimmt, insoweit Kartoffeln zu gewerblichen Zwecken verwendet werden dürfen.

Die unsterblichen Kriegsgesellschaften. Es gibt noch einer neuen amtlichen Zusammenstellung immer noch 56 Kriegsorganisationen, Verwaltungsabteilungen, sowohl als Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftung oder Geschäftsabteilungen, während sich nur 16 in Auflösung befinden. Dem Reichswirtschaftsministerium unterstehen noch die Behörden für die Kohlenverteilung, Eisenflaschen, Bekleidung, Leder, Schuhe, Druckpapier, Zement, sowie Aus- und Einfuhrbewilligung. Eigentliche Kriegsgesellschaften sind hier 14 unterteilt, nämlich die für Petroleum, Textilstoffhand, Kesselaufbau, Wolle, Habern, Seide, Schuhe, Zeitungen, Chemikalien, Seeverversicherung, Devisen und drei Gesellschaften für Tabak. Andere Kriegsorganisationen besaßen sich noch mit Baumwolle, Schuhwaren und Sulphat. An das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übergegangen sind 12 Behörden: für Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fette, Fische, 2 für Zucker, Gemüse und Obst, Nährmittel und Eier, ferner Heeresverpflegung und landwirtschaftliche Kriegswirtschaft. Ferner unterstehen ihm 15 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 2 sonstige Organisationen. In Auflösung befinden sich hier 10 Stellen und Gesellschaften. Noch nicht entschieden ist, wer die Aufsicht über den Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Mele und Felle und den Kriegsausschuß für U-fasenfutter erhält.

Die Kapitalertragsteuer. Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die 10 v. H. der Kapitalertragsteuer von der gesamten getragenen Summe abgezogen werden. Diese Anschauung ist ganz falsch. Die Kapitalertragsteuer wird, wie ihr Name besagt, nur von dem Ertrage des Kapitals, d. h. von den Zinsen der Einlagen gezahlt; d. h. es gibt in Zukunft nicht mehr 4 Prozent, sondern nur noch 3,6 Prozent (bei 3 1/2 Proz. 3,15, bei 3 Proz. 2,7 Prozent) Zinsen. Es ist daher im höchsten Grad unwirtschaftlich, wenn die Einleger ihre Guthaben abheben und zu Hause aufheben, da ihnen dort ihr Geld überhaupt keine Zinsen bringt. Außerdem tragen sie durch dieses Verhalten dazu bei, die deutsche Wirtschaft weiter zu schwächen. Darum führe jeder seine entbehrlichen Geldes einem Geldinstitut, Sparkasse, Bank, Genossenschaftskasse oder der Post zu und erleihe seine Zahlungen barlos.

Und Annelise blieb. Sie mußte verständlich sein und überlegte, daß sie inmitten des Schulquartals nicht auf einen guten Erfolg rechnen könne, dagegen selbst nur Wogen der Erwerbslosigkeit sehr ins Gewicht fielen. Wie sie bei passender Gelegenheit das jetzige Verhältnis lösen könne, mußte sie die ungleiche Stimmung ihrer Herrin, die nichts weniger denn Freundin und Schwester mehr war, ertragen. Und ertrag sie, da des Knaben Anhänglichkeit sie tröstete, wenn die Mutter vermundete.

Ein früher Herbst mit rauhen Winden und stürzenden Regenböden brach schon im September herein und bekam dem Kommerzienrat sehr übel. Eine schwere rheumatische Lähmung befiel ihn, die ihm den Gebrauch der Glieder nahezu verweigerte. Nun leckte er von Weiz und Kollwurst aus die Geschäfte, die sein frisch bleibender Geist unablässig plante.

Bollrad wurde ihm nun als Privatsekretär in Wahrheit die rechte Hand und das Werkzeug seiner noch immer in klüner, großartigem Maßstabe begründeten Unternehmungen.

Sein beständiges Kommen und Gehen in der Villa, die er nicht mehr zu betreten gemeint, ergab sich nun notgedrungen.

„Wieder kommt es anders, als man denkt,“ sagte er sich. „Den Chef jetzt verlassen? Unmöglich! Eine Gemeinheit wär's, die ich nicht fertig bringe. Kranke sind starrköpfig. Er bildet sich ein, gerade ich sei der rechte Vertrauensmann, ich muß ihn dabei lassen, um ihn nicht unnötig aufzuregen und weil ich ihm ja auch in Wahrheit nütze. Ich bin ihm zudem zuviel Dank schuldig, um mich jetzt nicht nach Kräften reoanzieren zu müssen. Ich muß eben auf dem Posten bleiben. Sehr lange kann es nicht währen. Es geht dergestalt mit dem Herrn. In das Kontor wird er nie wieder den Fuß setzen.“

Dem widersprach das ärztliche Urteil. Der langjährige Arzt und Freund des Kranken äußerte zu Jella: „Sie müssen sich auf ein langwieriges schmerzreiches Krankenlager Ihres Gatten gefaßt machen, gnädige Frau. Der Winter und mehr kann vergehen, ehe er diese schwere Brustleiden überwinden mag.“

Fortsetzung folgt.

Handel und Verkehr.

Pfalzgrafenweiler, 2. Sept. Bei dem Verkauf des Gemeindefonds in letzter Woche wurde der hohe Erlös von 17812,50 Mark erzielt.

Stuttgart, 5. Sept. (Vom Obst- und Gemüsemarkt.) Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Würt. Obstbauvereins ist der Obstmarkt durch die Unruhen der letzten Woche in der Zufuhr nur wenig gestört worden, als Folge ist aber ein Anziehen der Preise für einzelne Obstsorten unverkennbar. Die außerordentlich hohen Fracht- und Verteilungskosten haben sich jeder Preissteigerung hemmend entgegen, unterbinden auch die Zufuhr von entfernter gelegenen Erzeugergebieten bedenklich. Wenn weiterhin alles geschüttelt, Hochstammobst in den geringsten Wirtschaftsorten als „Lafelobst“ vom Publikum abgenommen wird, so bleibt als „Mistobst“ wenig mehr übrig und die Früchte von edlen Früchten sind mit Recht erfährt über den geringen Preisunterschied zwischen ihnen und diesen Produkten. Birnen finden in jeder Preislage und Beschaffenheit flotten Absatz, Äpfel stehen vorerst noch nicht. Wie weit die Unkenntnis bezüglich der Keilsäge geht, zeigt der Umstand, daß auf dem letzten Wochenmarkt Baumans Ritz- und Falstrenobstern, beides späte Winterformen, von der Kontrolle beanstandet werden mußten. Mistobst wird gegenwärtig zu 30 Mark der Zentner und höher gehandelt. — Der Gemüsemarkt ist gut besetzt. Die kalten Tage der letzten Woche haben das Wachstum verschiedener Gemüsesorten, Bohnen, Gurken usw., unzulässig beeinträchtigt. Tomaten finden infolge zu reichlichen Anbaus nur schwer Abgang, Zwiebel folgen stark im Preis: Großhandel 60—70, Kleinhandel 70—80 Pfennig das Pfund.

Letzte Nachrichten.

WTB. Paris, 6. Sept. Nach einer Meldung des „Temps“ wählte Ministerpräsident Millerand gestern einem zur Erinnerung an die Marne Schlacht veranstalteten Festbankett in Nancy bei und begab sich dann in Begleitung des Marschalls Foch im Sonderzug nach Metz.
 Dem „Temps“ zufolge haben die russischen Kriegsschiffe in Genoa sich aller im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und gedroht, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzulassen, zu beschleichen.

Wie die „Agence Havas“ aus Lissa meldet, breitet sich die Arbeiterbewegung aus. Man berichtet von Zusammenstößen zwischen Truppen und Streikenden.

Einer Meldung der „Agence Havas“ aus Athen zufolge tritt die griechische Deputation des Kongresses zusammen. Benzelos wird eine Rede über die auswärtige Politik halten.

WTB. London, 6. Sept. Der franz. Dampfer „Camoranes“ mit 700 Soldaten und 6000 Tonnen Munition an Bord ist auf der Höhe des Reichstums Nordsee gesichtet. Man ist jetzt damit beschäftigt, die Soldaten und die Ladung auf den franz. Dampfer „General Gallier“ hinüberzuschiffen.

WTB. Berlin, 5. Sept. (Amlich.) Die Reichsregierung hat eine Anzahl einwandfrei festgestellter besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Freidenkerversammlung gebracht und ihm hierbei eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung vorschlägt, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen aller Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören, mit den Befugnissen des Sachverständigen zu betrauen. Sie hofft, daß die Tätigkeit einer solchen Kommission auch dazu beitragen wird, in Oberschlesien die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen allein eine dem Sinn und dem Wortlaut der Verträge entsprechende Abklärung erfolgen kann.

WTB. Danzig, 5. Sept. Wie die Danziger Zeitung aus Gdansk berichtet, wurde gestern morgen gegen 9 Uhr der Grabhof nach sämtlichen öffentlichen Gebäuden der Stadt Brande von pommerellischen Lappe bis gl. Die Kongresspolen wurden gewaltsam entfernt. Gegen 10 Uhr wurde die schwache Besatzung von einer kongresspolischen Schwadron überempelt und entwaffnet. Etwa 300—400 pommerellische Truppen wurden von den Kongresspolen verhaftet.

WTB. Berlin, 5. Sept. Der Berliner Koloniarztger meldet aus Katowitz, daß bei Przelska wieder die Besatzung eines ermordeten Deutschen aus dem Kreuzfeld Briniga gezogen wurde, die fürchterliche Verletzungen aufweist.

Wie die „Agence Havas“ aus Lissa meldet, breitet sich die Arbeiterbewegung aus. Man berichtet von Zusammenstößen zwischen Truppen und Streikenden.

Einige ermordeten Deutschen aus dem Kreuzfeld Briniga gezogen wurde, die fürchterliche Verletzungen aufweist.
Berlin, 5. Sept. Wie die Blätter aus Katowitz melden, fühlten sich die Polen nach ihrem letzten Erfolg außerordentlich stark. Die mangelnde Entlohnung macht sie glauben, daß alle Besatzungen der internationalen Kommission nur für die deutsche Bevölkerung gelte. Von Tag zu Tag schwenken die Polen immer heftiger Stellung gegen die englischen Kontrolloren und die italienischen Besatzungsstruppen, die eine gewisse Objektivität auch der deutschen Bevölkerung gegenüber walten lassen. Das Vorgehen der Italiener hat ihnen den wahren Haß der Polen eingetragen, die jetzt sogar in einem Grenzort einzutreten wollen, um die Entlohnung der italienischen Besatzungsstruppen zu erzwingen. Auch in Deutchia droht ein polnischer Generalstreik auszubreaken. Dort richtet er sich gegen den englischen Kontrollor Major Owen, dessen Maßnahmen den Willen der polnischen Bevölkerung hervorgerufen haben. Das Abschiedsgesetz des Majors Owen, der übrigens mit Lord George verwandt ist, hat die englische Regierung abgelehnt, daß der Kontrollor von Tarnowitz und Großsirel zugewiesen.

WTB. Berlin, 5. Sept. Die Reichsregierung wird drei Wirtschaftler über Oberschlesien heranziehen. Das erste wird eine authentische Schlichtung aller von den Aufrührern verübten Gewalttaten nach Nord: enthalten. Das zweite wird dahin abzielen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwendeten internationalen Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufrührer einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist. Das dritte Weisung wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstands getroffen werden.

Wirtschaftliches Wetter.

Meist trüb bis neblig, regnerisch, mäßig kühl.
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Schulz, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Amliche Bekanntmachungen.
 Oberamt Nagold.
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.
 Die Maul- und Klauenseuche ist in Göttingen erneut ausgebrochen und zwar in den Gehöften der Gottlieb Schneider, Zimmermanns We. und des Jakob Friedrich Schneider, Zimmermanns.
 Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (R.V. S. 317 ff) ergeben folgende Anordnungen:
 A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Göttingen mit Markung.
 Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch gestattet, daß Klauenvieh der nichtversenkten Gehöfte zur Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser Gehöfte als besonders gefährdet bezeichnet sind.
 B. Beobachtungsgebiet: Vom Bezirk Nagold: Sulz, Calw: Deckenpfromm und Holzbronn.
 C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden die gleichen Gemeinden einbezogen wie bei dem Seuchenfall im Juli ds. Js. — f. Aus den Lannen Nr. 160 —
 Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Eppingen.
 Nagold, den 4. Sept. 1920. Oberamt: J. B. Obersekr. Luz.

Oberamt Nagold.
 Gemeinde Wiltberg.
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.
 Die Maul- und Klauenseuche ist in 5 Gehöften in Wiltberg ausgebrochen.
 Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (R.V. S. 317 ff) ergeben folgende Anordnungen:
 A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Wiltberg mit Markung.
 Im Hinblick auf den Stand der Feldgeschäfte wird jedoch gestattet, daß Klauenvieh der nichtversenkten Gehöfte zur Arbeit verwendet werden darf, soweit nicht einzelne dieser Gehöfte als besonders gefährdet bezeichnet sind.
 B. Beobachtungsgebiet: Esslingen, Schöndorff und Sulz.
 C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen: sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Enzthal, Fünfbronn, Simmersfeld, Ober- und Untertalheim, und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:
 1. im Oberamt Calw: sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Bergort, Dornbach, Liebenzell, Ronafam, Unterhangstett, Unterreichenbach.
 2. im Oberamt Herrenberg: sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Breitenholz, Entringen, Hildrichshausen, Oberndorf, Pfäffingen, Bollringen und Unterjesingen.
 3. im Oberamt Böblingen: Mühlhausen, Dätzingen, Dornshausen, Deuringen, Bödingen, Echingen, Schafhausen.
 4. im Oberamt Rottensburg: Ergenzingen, Gallfingen und Seeborn.
 5. im Oberamt Gorb: Völsingen, Göttingen, Gündringen, Hochdorf und Bollmarlingen.
 Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie bei dem Seuchenfall in Eppingen.
 Nagold, den 4. Sept. 1920. Oberamt: J. B. Obersekr. Luz.

Pergament-Papier
 ist zu haben in der W. Rieker'schen Buchhandlung.

Amtsgericht Nagold.
Konkursverfahren.
 Ueber das Vermögen des Frig Waibell, Möbelschreiners in Altensteig ist heute am 4. September 1920, nachmittags 2¹/₂ Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.
 Herr Bezirksnotar Beck in Altensteig ist zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 4. Oktober 1920 bei dem Gerichte anzumelden.
 Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie über den Verkauf der Liegenschaft durch den Konkursverwalter aus freier Hand ist Termin auf Montag, den 4. Oktober 1920, vormittags 11 Uhr — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 1. November 1920, nachmittags 3 Uhr — vor dem unterzeichneten Gerichte je auf den Gerichtstag in Altensteig anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Oktober 1920 Anzeige zu machen.
 Nagold, den 4. September 1920.
 Obersekretär Salmon-Grosch.

Altensteig.
Abfüllschläuche
 prima Qualität rot und weiß
Fahnhaken
 gewöhnl. u. m. Schlüssel
Korken
 für Käffer und Flaschen
 in sämtl. Größen
Schwefelschnitten
 empfiehlt billigst
 J. Wurster.

Altensteig.
 Frisch eingetroffen:
Feinste gelbe Margarine
 1 Pfd. Tafel Mk. 12 —
 5 Pfd. Rollen à Mk. 11.70
Balmin
 Fabrikat Schink
 1 Pfd. Tafel Mk. 14. —
 bei
Chr. Burghard jr.
 Lädtiges
Hausmädchen
 gesucht bei gutem Lohn
 Heib & Zähringer
 Wiltberg.

Stammholz-Verkauf.
 Am Samstag, den 11. Septbr. d. J., nachmittags 2 Uhr verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus circa 110 fm Nadel-Stammholz (Schälholz) im Auftrieb aus Abt. 17 Neumühlberg.
 Abuhr günstig.
 Seuren, den 6. Septbr. 1920.
 Schultheißenamt.

Favorit-Moden-Album
 Herbst und Winter
 sind zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg.
 Altensteig.

Auslandszucker
 in zuletzt geliefertster Qualität ist wieder eingetroffen; es können größere und kleinere Mengen bestellt und abgeholt werden bei
E. W. Luz Nachfolger
 Frig Bühler jr.

Altensteig.
NISSIN
 gegen Kopfläuse
 Nichts anderes nehmen.
 Zu haben Apotheke.
Chrut und Achrut
 Praktisches
Heilkräuterbüchlein
 von Joh. Rüngel, Pharmazie
 sowie
Nachtrag
 zu Pflanz Joh. Rüngel's
 Heilkräuterbüchlein
 ist zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg.
 Altensteig.
 Der Bilder-Atlas ist immer noch nicht im Druck erschienen.
 Schorfene:
 Wiltberg: Friedrich Stopp, Nr. 3: Nr. 2, 71 J.